

Bombendrohung gegen Maschine der Air Berlin

Flugverkehr kurz unterbrochen

HAMBURG (dpa). Eine Bombendrohung gegen eine Air-Berlin-Maschine hat am Sonntag den Flugverkehr in Hamburg für kurze Zeit behindert. Der Airbus A320 war am späten Nachmittag mit 170 Passagieren und acht Crewmitgliedern von München nach Hamburg unterwegs gewesen, als bei der Bundespolizei in München eine Bombendrohung einging.

Der Flugverkehr über der Hansestadt wurde für wenige Minuten unterbrochen. Die Air-Berlin-Maschine und die Passagiere wurden nach Angaben der Bundespolizei kontrolliert, eine Bombe aber nicht gefunden. Am Montag startete das Flugzeug von Hamburg aus zu einem regulären Flug nach Samos in Griechenland, wie ein Sprecher des Airports sagte.

Die Dienststelle in München habe eine E-Mail mit der Bombendrohung erhalten, sagte der Sprecher der Bundespolizei am Flughafen München, Albert Poerschke. Unterzeichnet sei die Nachricht im Namen des „Islamischen Kalifats Europa“ gewesen. „Die Anschlagdrohung wurde als ernsthaft eingestuft. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Drohung glaubwürdig war“, sagte ein Sprecher der Bundespolizeiinspektion am Hamburger Flughafen am Montag. Die weiteren Ermittlungen seien Sache der Landespolizei und des Staatsschutzes. Die Münchner Polizei und Staatsanwaltschaft konnten zunächst aber keine Auskünfte geben.

Eine Bombendrohung kann mit Gefängnis bestraft werden

Das Flugzeug war am Sonntag nach seiner Landung in Hamburg um 18.34 Uhr auf eine Sonderposition gebracht, weit entfernt von den anderen Flugzeugen und den Gates, wie der Sprecher der Deutschen Flugsicherung, Axel Raab, berichtete. Nach Angaben von Air Berlin überprüften Bundespolizisten Handgepäck, Reisekoffer sowie die Fluggäste nach Sprengstoff. Ein Spürhund suchte das Flugzeug nach Sprengsätzen ab.

Bombendrohungen gehen nach den Worten von Poerschke „in schönster Regelmäßigkeit“ ein. Vor allem nach Anschlägen wie im November vergangenen Jahres in Frankreich meldeten sich Trittbrettfahrer. „Prinzipiell nehmen wir Androhungen dieser Art immer ernst.“ Aufgabe der Bundespolizei sei es, präventiv tätig zu werden und die Menschen zu schützen. Die Androhung einer Bombenexplosion kann nach Angaben der Hamburger Staatsanwaltschaft mit bis zu drei Jahren Gefängnis oder Geldstrafe geahndet werden.



Heizt die Debatte um Rot-Rot-Grün wieder an: SPD-Chef Sigmar Gabriel

FOTO: DPA

Hauptsache abgegrenzt

Russland-Sanktionen, Vermögenssteuer, Bundespräsident – der Linkskurs von SPD-Chef Gabriel

Von Thomas Maron

BERLIN. Rot-Rot-Grün galt schon als Auslaufmodell – jetzt hat SPD-Chef Gabriel die Debatte ordentlich angeheizt. Wie glaubwürdig ist das? Für Irritationen hatten am Wochenende außerdem kritische Äußerungen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit Blick auf die Nato-Manöver im Osten und auf Russland gesorgt.

Am Rande eines EU-Außenministerrates hatte Steinmeier gemahnt, die Nato müsse das Gespräch mit Russland suchen, man dürfe sich „nicht allein auf militärische Stärke verlassen“. Er warnte davor, durch „lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul“ die Lage zu verschärfen. Die Äußerungen entsprechen Steinmeiers Kurs, die Konfrontation mit Russland nicht auf die Spitze zu treiben, zumal er damit rechnen muss, dass Länder wie Italien und andere große europäische Partner eine harte Linie nicht mehr lange mittragen. Aber bisher hatte Steinmeier immer großen Wert darauf gelegt, dass kein Dissens mit Kanzlerin Angela Merkel erkennbar wird.

SPD-Chef Sigmar Gabriel sekundierte prompt. Er erinnerte daran, dass die Entspannungspolitik Willy Brandts im Kalten Krieg auf Dialog statt Konfrontation setzte. Deshalb sei jetzt auch nicht „ständig darüber zu reden, wie wir neue Aufrüstung organisieren können“. Wichtig sei stattdessen eine neue Abrüstungsinitiative. Damit erreichen die Ausläufer des

Bundestagswahlkampfes die Außenpolitik. Die SPD setzt sich ohnehin von der Union ab, wo immer sie nur kann. Unter Führung von SPD-Chef Sigmar Gabriel wird auch immer klarer, in welche Richtung die Reise stattdessen geht: Gabriel will, nur so kann man die jüngsten Indizien deuten, Rot-Rot-Grün wagen. Die neuen Akzente in der Russlandpolitik der SPD fügen sich ins Gesamtbild, denn vor allem bei der Linken ist ein harter Kurs gegen Russland nicht statthaft.

Gabriel sieht den Gegner der Demokratie „rechts“

Vielen Grünen gehen Nato-Manöver an der Ostgrenze des Bündnisses ebenfalls zu weit. Und auch die SPD tut sich seit Beginn der Ukraine-Krise schwer mit dem rigiden Sanktions- und Ausgrenzungskurs der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Russland. Befeuert von den Altkanzlern Gerhard Schröder und der inzwischen verstorbenen Ikone Helmut Schmidt, betrachtete man den Kurs der Bundesregierung an der Basis mit Unbehagen. Gabriel, innerparteilich zuletzt unter großem Druck, sprach seiner Partei aus der Seele, als er bereits im Mai unvermittelt eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen forderte.

Es ist nicht der erste Schritt, den Gabriel Richtung Rot-Rot-Grün unternahm. Er zeigt sich bei der Vermögenssteuer, die er für tot erklärt hatte, auf einmal wieder Gesprächsbereit. Er äußert sich neuerdings überraschend kritisch über das Freihand-

elsabkommen mit den USA (TTIP), entschuldigt sich für Fehler aus der Agenda-Zeit und trifft sich mit dem Mann, der das Herz vieler SPD-Anhänger gespalten hat: Oskar Lafontaine. Die emotionalste strategische Ansage ließ er im aktuellen *Spiegel* verbreiten. Dort stellte er klar: „Der Gegner der Demokratie steht rechts.“ Die Sprüche von AfD und anderen erinnerten ihn an seinen Vater – „und der war ein unverbesserlicher Nazi.“ Die Linke müsse den Kampf gegen diese „alt-neuen Rechten“ aufnehmen. „In Europa müssen progressive Parteien und Bewegungen füreinander bündnisbereit“ sein, so Gabriel.

Prompt kam aus den Reihen von Linken, Grünen und SPD die Aufforderung, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Und so gilt jetzt die Kür eines neuen Bundespräsidenten für die Anhänger eines Linksbündnisses als Lackmestest für Gabriels Glaubwürdigkeit. Dessen Strategie dürfte bei dieser Personalie zunächst darin bestehen, ein Angebot Merzels abzuwarten. Sollte die Kanzlerin ihm den Gefallen tun, keinen überparteilichen, allseits akzeptierten Kandidaten vorzuschlagen, sondern eine CDU-Variante, darf man getrost davon ausgehen, dass Gabriel die Ampel auf Tiefrot stellt. Dann wird in der SPD damit gerechnet, dass Gabriel Linken und Grünen ein möglichst parteifernes, im Idealfall weibliches Angebot macht, das diese nicht ablehnen können. Im Präsidium ließ sich Gabriel schon mal einen Freibrief ausstellen, in dieser Frage Gespräche mit allen Parteien zu führen. Man werde sich aber nicht hetzen lassen.

München ist das reichste Bistum

5,5 Milliarden Euro Vermögen

MÜNCHEN/FREIBURG (AFP). Das Erzbistum München-Freising ist mit einem Gesamtvermögen von gut 5,5 Milliarden Euro das nach derzeitigem Stand reichste Bistum in Deutschland. Nach dem am Montag veröffentlichten ersten umfangreichen Vermögensbericht ist das Bistum von Kardinal Reinhard Marx noch deutlich vermöglicher als die Bistümer Paderborn und Köln, die bisher als die vermögendsten deutschen Bistümer galten. In Paderborn verfügt die katholische Kirche über Werte von vier Milliarden Euro, in Köln von 3,4 Milliarden Euro.

Das Erzbistum Freiburg bezifferte sein Vermögen auf rund 968 Millionen Euro. Der Großteil, insgesamt 715 Millionen Euro, besteht aus Kapitalrücklagen. Hinzu kommen Grundstücke und Gebäude sowie Kunst- und Kulturgüter.

Die Veröffentlichung der kirchlichen Vermögen ist eine Folge des Finanzskandals des Bistums Limburg, wo der ehemalige Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst mit einem luxuriösen Umbau seines Bischofsitzes heftige Kritik am Umgang der Kirche mit Geld ausgelöst hatte.

Im Zuge der Aufstellung des ersten Gesamthaushalts übertrug das Münchener Erzbistum große Teile seines Vermögens in Stiftungen, die nun dauerhaft kirchliche Aufgaben wie Seelsorge und Gemeindeglieder sowie Wohlfahrts- und Bildungsaufgaben übernehmen sollen. Die Erzdiözese selbst kann nun nicht mehr direkt auf die hohen Vermögenswerte zugreifen. Die drei Stiftungen, die etwa Kindergärten und Schulen verantworten oder soziale Einrichtungen inklusive der Flüchtlingshilfe, verfügen nun über jeweils mehr als 600 Millionen Euro.

Alle zufrieden mit der neuen Exzellenzinitiative

BERLIN (dpa/BZ). Die Krise um die neue Exzellenzinitiative hat sich in allseitiges Wohlgefallen aufgelöst. Die Nachricht, dass sich Bund und Länder auf das jährlich 533 Millionen Euro umfassende Förderprogramm haben einigen können, hat bei Wirtschafts- und Forschungsorganisationen sowie in der Hochschulrektorenkonferenz große Erleichterung hervorgerufen. Hamburg hatte zuvor mit einem Veto gedroht, sollte die Gruppe von elf geförderten Spitzenunis dauerhaft etabliert werden. Nun hat man sich geeinigt, dass nach sieben Jahren vier neue Hochschulen in die erste Liga aufrücken sollen.

Pharmahersteller zahlten 575 Millionen Euro an Ärzte

54 Unternehmen legen erstmals freiwillig die Zuwendungen offen / In den USA ist die Publikation verpflichtend / Ein Zugewinn an Transparenz?

Von Bernhard Walker

BERLIN. Die forschenden Pharma-Unternehmen haben zum ersten Mal bekanntgegeben, wie viel Geld sie Ärzten und medizinischen Einrichtungen bezahlen. Im Jahr 2015 gaben sie für Vortragshonorare, Studien oder das Sponsoring von medizinischen Kongressen und Fortbildungen 575 Millionen Euro aus. Das teilte der Verein „Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie“ (FSA) mit.

Als die Abgeordneten und Senatoren in Washington 2010 ein neues Gesetz billigten, wählten sie einen kuriosen Namen. „Physician Payments Sunshine Act“ heißt das Gesetz, was sich so ins Deutsche übersetzen lässt: Gesetz, das die Zahlungen an Ärzte ans Tageslicht bringt. Seither müssen in den USA alle Firmen, die Arzneimittel oder medizinische Geräte herstellen und mit dem staatlichen Gesundheitswesen abrechnen, einer Behörde mitteilen, wie viel Geld sie Ärzten und Lehrkrankenhäusern bezahlen. Das Gesetz



Kritiker halten die Zusammenarbeit zwischen Medizinern und Pharmabranche weiter für bedenklich.

FOTO:

soll Interessenkonflikte vermeiden – also dafür sorgen, dass Ärzte sich bei der Behandlung von Kranken nicht von Zuweisungen der Industrie leiten lassen. Was in den USA vorgeschrieben ist, läuft in

Deutschland freiwillig ab. Hier haben sich 54 Pharmahersteller dem FSA angeschlossen.

Die Zusammenarbeit zwischen Medizinern und der Pharmabranche sei not-

wendig, sagt Birgit Fischer vom Verband der forschenden Pharmaunternehmen. Sie hofft, dass die Öffentlichkeit mehr Verständnis für die Kooperation aufbringt, wenn die Höhe der Zahlungen bekannt ist.

Fischers Kalkül geht bei Christiane Fischer nicht auf. Die Ärztin ist Geschäftsführerin von „Mezis“. Hinter diesem Kürzel steckt der Verein „Mein Essen zahlt ich selbst“, der vor einigen Jahren von elf Medizinern gegründet wurde und inzwischen 800 Mitglieder hat. Mezis entwickelt nach eigenem Bekunden Strategien, um sich gegen die „allgegenwärtigen Geschenke und Beeinflussungen der Pharmahersteller“ zu wehren. Was ein Arzt an Medikamenten verordnet, soll allein am Wohl des Patienten ausgerichtet sein.

Auf die Frage, was sie von den Angaben des FSA halte, antwortet Fischer kurz und knapp: „Nichts“. Denn Transparenz entstehe durch den FSA keineswegs. Niemand prüfe, ob die Angaben umfassend und korrekt erhoben wurden. Es sei grotesk, wenn eine Branche, die wegen ihres

Fehlverhaltens auf der Anklagebank der Öffentlichkeit sitze, in Gestalt des FSA ihr eigener Richter sein wolle.

Was sie für ideal hält, kann Fischer ebenso sagen: den „sunshine act“, also ein deutsches Gesetz, das dem Beispiel der USA folgte. Bisher zeichnet sich aber nicht ab, dass der Bundestag ein „Sonnenscheinengesetz“ verabschiedet. Dabei wäre der Widerstand der deutschen Konzerne womöglich keine unüberwindbare Hürde. Sofern sie auf dem US-Markt aktiv sind – und das sind viele, weil nirgendwo auf der Welt mehr Geld für Medikamente und Medizintechnik ausgegeben wird – unterliegen sie dort ohnehin der gesetzlichen Pflicht, Zahlungen offenzulegen. Für viele Ärzte in Deutschland wäre es aber ungewohnt, wenn namentlich bekannt würde, wie viel Geld jemand für welche Tätigkeit von welcher Pharmafirma erhalten hat. Anderen Medizinern wäre das gar höchst unwillkommen. Sie können gut damit leben, dass die FSA-Regelung eine Nennung von Ärzten nur dann erlaubt, wenn ein Arzt ihr zustimmt.